

Für ein Europa ohne Grenzen – auch für Arme

In den letzten Wochen wurde über Probleme einer vermehrten Zuwanderung von Roma aus Osteuropa nach Deutschland in den Medien berichtet und öffentlich diskutiert. Befürchtet wird, dass sich die Zahl, der in Deutschland zuwandernden Roma ab Januar 2014 erheblich verstärken wird. Dabei geht es vorwiegend um Menschen, die in ihren Ursprungsländern diskriminiert und zum Teil verfolgt werden.

In Rumänien und Bulgarien leben ca. 80 % der Roma unter absoluten Armutsgrenze, d. h. im Elend. In Ungarn sind dies 40 %. Der Anteil von Roma an der Bevölkerung beträgt dort ca. 10 %. Seit dem Untergang der sozialistischen Planwirtschaft herrscht generell in diesen Ländern eine hohe Arbeitslosigkeit. Damit verbunden und mit der Einführung der Marktwirtschaft waren es gerade die Roma, die unter dem drastischen Abbau von einfachen, unqualifizierten Arbeitsstellen als erste arbeitslos wurden. Die für diese Ethnien traditionellen Handwerksberufe wie z. B. Kesselflicker, Scherenschleifer werden nicht mehr benötigt. So suchen die Roma andere Möglichkeiten um in ihrem jeweiligen Wohnort zu überleben (Arbeitsstrich, kleinere Handwerkstätigkeiten, Bettelei und verschiedentlich auch durch Prostitution). Diskriminierung, Herabsetzung und zum Teil tätliche Angriffe, die eine Verfolgungssituation entsprechend unserer Asylgesetze darstellen, sind an der Tagesordnung. So z. B. in Ungarn und Bulgarien, wo rechtsradikale Gruppierungen geplant Roma schikanieren. Dies geht bis zu tätlichen Angriffen unter den Augen der dortigen Ordnungsorgane, ohne dass diese eingreifen.

Der deutsche Innenminister warnt nun vor einer „Massenzuwanderung“ dieser Menschen nach Deutschland. Nach seiner Meinung kommen diese Menschen nur hier her, um die Sozialleistungen abzugreifen. Er fordert ein verstärkte Kontrolle (Verhinderung der Einreise) und Ausweisungsmöglichkeiten für diese Menschen.

Der Deutsche Städtetag hat sich mit einem Hilferuf an die Deutsche Bundesregierung gewandt: Die Kommunen seien mit diesen Menschen überfordert. Die Kosten für die

Betreuung und Hilfe für diese Zuwanderer überstiegen die finanziellen Möglichkeiten der ohnehin pekuniär knappen Städten und Gemeinden.

Es wird erwartet, dass 2014 aufgrund der Öffnung der Grenze auch für Lohnarbeiter die Zuwanderung von Romas aus Bulgarien und Rumänien drastisch zunehmen wird. Bisher können nur Selbständig aus diesen Ländern in Deutschland einreisen.

Während Europa versucht mit immer größeren materiellem Einsatz seine Außengrenzen gegen die Armutswanderung aus afrikanischen Ländern zu schützen, was immer wieder zu zahlreichen Todesopfern führt, ist innerhalb der Europäischen Union die Zuwanderung für Menschen aus den Mitgliedsstaaten frei möglich. Nun soll diese auch für arme Menschen aus den Osteuropäischen Mitgliedsstaaten erschwert oder gar verhindert werden.

Dies macht deutlich um was gemeint ist, wenn die Regierungskoalition vom „vereinten Europa“ spricht. Offen soll Europa offensichtlich nur für die Menschen sein, die für die wirtschaftliche Entwicklung einen Beitrag leisten können. Deutschland nimmt gerne – mehr oder weniger – Menschen aus europäischen Ländern auf, wenn sie der Ökonomie und dem Vermehren von Kapital nützen. Wer dazu nicht beitragen kann, soll an der Reisefreiheit gehindert werden. Es muss hier schon die Frage erlaubt sein, warum z. B. Bulgarien und Rumänien u. a. in die EG aufgenommen wurde. Länder, die wirtschaftlich und materiell wesentlich schlechter da stehen, als Deutschland und dort auch ethnische Gruppen ausgegrenzt und in existenzieller Armut leben, die unter rassistisch bedingten Verfolgung leiden. Wissen konnte man, dass diese verfolgten Gruppen natürlich ihre Chance für ein besseres Leben in einem anderen europäischen Land wie z. B. Deutschland nutzen werden. Es war und ist der Politik bekannt, dass Roma seit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts kaum Zugänge zum Bildungssystem des jeweiligen Landes haben, dass es örtliche Progrome gegen Gruppen von Romas gab und immer wieder gibt. Die europäischen Programme für die verfolgten Ethnien laufen i. d. R. ins Leere, weil diese sehr technokratisch und bürokratisch von oben und mit wenig Beteiligung der betroffenen Menschen geplant und durchgeführt werden.

Unbestritten scheint zu sein, dass Roma nicht nur Opfer sind. Etwa 5 – 10 % dieser Bevölkerungsgruppe fallen auf durch Betteln, Prostitution, Diebstähle. Dieses negativ Verhalten finden wir aber auch unter anderen Ethnien, ja sogar eine Minderheit von

Deutschen sind und werden kriminell. Dies Fehlverhalten einer Minderheit rechtfertigt allerdings keinen Rassismus. Dieser relativ kleine Teil wird in einem Maße hochgespielt und generell den Roma als Charaktereigenschaft zugeschrieben.

Armutsmigration innerhalb von Europa ist eine Herausforderung an das soziale Europa und hier besonders an das soziale Deutschland. Die problematischen Auswirkungen, die deutsche Städte wie Duisburg, Dortmund, Berlin oder Mannheim durch den Zuzug osteuropäischer Roma erleben, sind vor allem Armuts- und Integrationsprobleme, die durch intensive professionelle Hilfe von Fachkräften der Profession bewältigt werden können. Dabei muss es um Begleitung der Zuwanderer genauso gehen, wie um die Förderung des Dialogs zwischen Einheimischen und Zuwanderungen in den, von Zuweisung dieser Zuwanderer, betroffenen Wohnquartieren.

Wir müssen uns in Deutschland lösen von den jahrhundertlangen geprägten Vorurteilen gegenüber den Romas, die sich in dem diskriminierenden Begriff „Zigeuner“ manifestieren. Trennen müssen wir uns von der Verachtung und Ausgrenzung, vermittelt durch falsche Zuschreibungen dieser Zuwanderer. Das bedeutet, dass wir uns in Deutschland intensiver auseinandersetzen mit den Anteilen von Rassismus im Hinblick Roma.

Es gilt die Roma ernst zu nehmen, ihnen zuzutrauen, ihre Probleme selbst lösen zu können und entsprechende Hilfen dazu bereitzustellen. Dazu gehören vor allem Fachkräfte der Sozialen Arbeit mit entsprechenden Kompetenzen, die zusammen mit den Betroffenen Romas, den deutschen Nachbarn und anderen kommunalen Institutionen sozialraumorientiert mit den Betroffenen im jeweiligen Sozialraum Probleme analysieren und Lösungen erarbeiten. Und dazu gehört eben auch von den Romas in Sachen Selbsthilfe etwas abzuverlangen.

Verschärfung der Zuwanderungsgesetze und Zurückschicken von Menschen, die ihrem Elend entfliehen und auf ein besseres Leben in Deutschland hoffen, mag kurzfristig gesehen sich für Deutschland auszuzahlen. Für die Bundesrepublik ist dies eine Niederlage. Oder ist Deutschland (und Europa) nur für die Gewinner. Notwendig ist aber auch, dass Deutschland Projekte in den Herkunftsländern unterstützt, die Inklusion der Roma in ihrer Heimat ermöglichen. An diesen Projekten sind nicht nur die

herkömmlichen Vertretungen der Romas zu beteiligen, sondern kleinräumig (im jeweiligen Sozialraum) die Betroffenen (Nichtroma und Roma).

Die Länder, die zur Zeit sehr stark von der europäischen Schuldenkrise betroffen sind und unter den Folgen leiden, erwarten mit Recht, dass Deutschland sich stärker einsetzt für ein soziales Europa. Es geht um die Stärkung der Menschenwürde und Menschenrechte in Europa. Und diese sind universal gültig.

12.7.2013, Saarbrücken

(verabschiedet durch den Geschäftsführenden Vorstand)

Michael Leinenbach, Gabriele Stark-Angermeier